

## Dietrich Busse

91

### Anmerkungen zur politischen Semantik

In Zeiten wie den heutigen, in denen sich die Studierenden - ausweislich ihrer Themenwünsche in Lehrveranstaltungen - für alles Denkbare, aber gerade (und dezidiert) *nicht* für sprachwissenschaftliche Analysen politischer Kommunikation und politischer Semantik interessieren, lohnt es, wieder verstärkt auf die Brisanz politischer Semantik aufmerksam zu machen. Den KommilitonInnen der achtziger Jahre brauchte dies niemand zu sagen; politische Sprachanalyse war (kaum zehn Jahre ist es her) ein "Renner", und man hatte gute Mühe, die überschießenden kritischen (und damit politisch, nicht wissenschaftlich determinierten) Intentionen auf sachlich-wissenschaftliche Betrachtungsweisen zurückzuführen, wenigstens jedoch die politische Semantik als *Teil* des politischen Meinungskampfes von der politischen Semantik als *Objekt* linguistischer Textanalyse zu scheiden. Die Sprache der Politik ist offenbar kein Thema mehr, das auf besonders großes Interesse stößt. Dieses Desinteresse verkennt jedoch die eminente Bedeutung, die semantische und diskursive Bewegungen für die Konstitution politischer Wirklichkeit und damit für den Prozeß gesellschaftlicher Fortentwicklung haben.

#### I. Politische Semantik und die Besetzung von Begriffen: Zur Genese eines Themas

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, kurz daran zu erinnern, wie die Entwicklung der Beschäftigung mit Sprache in der Politik verlaufen ist. Die Geschichte des politischen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland war lange eine Geschichte konservativer Dominanz. Als diese konservative Diskurshegemonie durch 1968 und seine Folgen durchbrochen war, entdeckten die konservativen Intellektuellen das Thema "Politische Semantik" und "Macht durch Sprache". Kurt Biedenkopf rief als Generalsekretär der CDU nach der erstmaligen Abwahl der konservativen Bundesregierung 1969 den Kampf um die zentralen politischen Begriffe als "Kampf um die Zitadellen der Macht" aus. Es ging ihm dabei um semantische Hegemonie, Begriffshegemonie - mithin: um Deutungshegemonie in Bezug auf die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit - jedenfalls insofern diese Wirklichkeit im öffentlichen politischen Diskurs zur Geltung kommen sollte und durfte. Die Vordenker aus dem konservativen Lager waren der Meinung, daß die oppositionellen Kräfte aus der SPD, die dann an die Regierung gekommen waren, zentrale politische Begriffe im Sinne ihrer Ziele "besetzt" (und semantisch umgedeutet) hätten und dadurch die Stimmung in der Bevölkerung zu ihren Gunsten hätten umkehren können. Der durch das Wahlergebnis von 1969 (und mehr noch 1972) manifest gewordene Verlust der semantischen bzw. Deutungs-*Hegemonie* seitens der Konservativen kann aus umgekehrter Perspektive jedoch auch gelesen werden als Wiederaneignung der - in einer demokratischen Gesellschaft schließlich selbstverständlichen - semantischen und Deutungs-*Autonomie* durch die ehemals oppositionellen Kräfte und Bewegungen. Den mit diesem politisch-semantischen Demokratisierungsprozeß einhergehenden Verlust an diskursiver und gesellschaftlicher Hegemonie haben die konservativen Kräfte letztlich nie verkraftet: das öffentliche Thema "Politische Semantik" war geboren. Hatten die konservativen Sprachanalytiker zuvor (siehe Hermann Lübke, siehe Hans Maier) die politischen Leitvokabeln noch als *Leerformeln*, als bloße *Fahnenwörter* dechiffrieren und wohl auch denunzieren wollen, so mußten sie nun erleben, daß sich

92

gerade um sie ein großer Teil des öffentlichen politischen Kampfes drehte und, wie die "Neuerer" um die "Semantik-Arbeitsgruppe" des CDU-Vorstands (Biedenkopf, Geißler, Bergsdorf u.a.) programmatisch forderten, verstärkt drehen sollte. Tenor dieser konservativen Sprachkritik war (wie stets, wenn Semantik zum Kampfobjekt wird, und übrigens ein jahrhundertalter Topos): Die Semantik der Gegner ist "falsche" Semantik, Verblendung, Ideologie, Verzerrung der "Wirklichkeit"; die Semantik der eigenen Seite dagegen getreuliche Wiedergabe der Wirklichkeit, wo wie sie tatsächlich ist.

Die Verlustängste der Konservativen bezüglich der verlorenglaubten Dominanz über die öffentliche politische Sprache und das damit zusammenhängende Lamento über die Gefahren der politischen Semantik haben jedoch lange Zeit die Tatsache verdeckt, daß ihre politischen Gegner (im Lager der sozialliberalen Koalition und gerade auch der sich von diesem allmählich abspaltenden neuen sozialen Bewegungen, später auch der Grünen) den von Biedenkopf so vehement ausgerufenen semantischen Kampf keineswegs angenommen hatten. Daß Werben um gesellschaftliche Zustimmung (möglichst umgemünzt in einen entsprechenden Zuwachs an Wählerstimmen) auch heißen kann (bzw. es auch notwendig machen kann), die eigene politische Begrifflichkeit und Semantik kompatibel zu machen bzw. zu verschränken mit der Sprache gesellschaftlich dominanter Sprech- und Denkweisen (bzw. Diskurse), war eine Erkenntnis, die in diesen Kreisen erst langsam reifen mußte und vielleicht auch heute noch nicht überall angekommen ist.

## II. Politik als symbolisches Handeln

Sprache ist nicht zuletzt deswegen als ein zentrales Medium der Politik anzusehen, weil Politik grundsätzlich im weitesten Sinne als symbolisches Handeln verstanden werden kann. Ein großer Teil der politischen Tätigkeit ist symbolische Tätigkeit. Der Kampf um die Begriffe ist ein Kampf auf dem Feld der Besetzung von zentralen symbolischen Elementen des politischen Handelns und der öffentlichen politischen Kommunikation. Dabei rückt politische Sprache als Bestandteil von Machtstrukturen und Gegenstand der Auseinandersetzung um Machtverteilung oder Machtbeteiligung immer nur dann in den Blick der Agierenden und der Öffentlichkeit, wenn die Selbstverständlichkeit der Hegemonie der Machthaber über die politische Sprache und ihre Inhalte durchbrochen ist. Politische Begriffe beschreiben nicht einfach nur Tatsachen und Sachverhalte. In der Semantik der zentralen politischen Leitvokabeln geht es immer auch darum, Wirklichkeitsdeutungen durchzusetzen. Wer die Deutung eines Begriffes durchsetzen will, will damit auch eine bestimmte Deutung der Wirklichkeit durchsetzen. Daher ist die Dominanz über die politische Semantik immer auch gleichbedeutend mit dem Versuch der Dominanz über die Deutung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit. Da die Auffassungen von politischer Wirklichkeit in der Gesellschaft sehr unterschiedlich ausfallen, ist es klar, daß ein Streit um politische Inhalte leicht in eine Auseinandersetzung über die Bedeutung von zentralen politischen Leitvokabeln übergehen kann. Insofern war die Diskussion der 70er und 80er Jahre auch eine Diskussion über die Wirklichkeitsdeutung durch politische Begriffe (vgl. als Beispiele nur *Atom Mülldeponie* vs. *Entsorgungspark* und *Aufrüstung* vs. *Nachrüstung*). Können sich die verschiedenen Beteiligten im politischen Geschäft überhaupt auf eine gemeinsame Deutung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit einigen? Ist eine gemeinsame politische Semantik überhaupt möglich? Das waren zentrale Fragen dieser Auseinandersetzung.

93

## III. Einige linguistische Aspekte politischer Sprache

Als Gegenstand der Sprachwissenschaft ist die sog. politische Sprache nur schwer faßbar und jedenfalls kein einheitliches Phänomen. In ihr vereinigen sich Aspekte mehrerer linguistischer Forschungsperspektiven. Als Teil des öffentlichen Sprachgebrauchs ist die Sprache der Politik notwendigerweise mit der Standardsprache und ihrer mündlichen Variante, der

sog. Umgangssprache eng verflochten. Zugleich zeigt sie aber auch deutliche Merkmale von Fachsprachen. So ist sie etwa im Bereich des administrativ-juristischen Sprachgebrauchs, aber auch der Organisation politisch-parlamentarischer Abläufe, eng mit der Verwaltungssprache und der sich mit dieser überschneidenden Rechts- und Gesetzessprache verbunden; zugleich dringen über die Gesetzes- und Verordnungssprache zunehmend andere fachsprachliche Elemente, etwa aus den Natur- und Technikwissenschaften, der Ökonomie u.ä. in den politischen Sprachgebrauch ein. Schließlich zeigt der politische Sprachgebrauch in linguistischer Perspektive enge Verflechtungen mit der Werbesprache (etwa hinsichtlich der Offenheit, Ausfüllungsbedürftigkeit, emotionalen Bindungskraft der politischen Werbeslogans und Schlagwörter).

Politische Sprache ist u.a. auch wegen der Vielfalt und teilweisen Heterogenität ihrer Funktionen linguistisch nur schwer zu fassen. Diese sind etwa: Benennung zentraler politischer Gegenstände; Wirklichkeitsdefinition und -deutung durch politische Begriffe; / positive emotionale Besetzung der Träger politischer Leitvokabeln (bzw. Umleitung der durch Leitvokabeln geweckten positiven Emotionen der Rezipienten auf die Vertreter der Begriffe); Identifikation durch und Identifizierbarkeit mit positiv besetzten politischen Begriffen; Polarisierung (z.B. Lenkung von mit politischen Leitbegriffen verbundenen negativen Emotionen auf die mit diesen diskursiv identifizierten politischen Gegner; z.B. *Freiheit statt Sozialismus*); Offenhaltung zentraler politischer Leitvokabeln für verschiedene Ausfüllung (z.B. *Freiheit* als politischer Slogan ohne nähere inhaltliche Ausfüllung, um welche Arten von Freiheit es gehen soll; man kann dies die "Ausfüllungsbedürftigkeit", d.h. eine notwendige, strategische Offenheit bzw. Allgemeinheit zentraler politischer Leitvokabeln nennen); Gruppenidentifikation nach innen (z.B. durch sog. "Fahnenwörter" und Erwartungsbegriffe).

94

#### IV. Von der Macht- zur Medienkritik

Den machtkritischen Aspekt des Streits um die politische Semantik hat man sich im nicht-konservativen Lager schnell angeeignet. Im Zusammenhang mit der Kernenergie- und der Nachrüstungsdebatte versuchte man nun von der Gegenseite, Begriffe zu besetzen und sich das Thema der politischen Semantik als eine Möglichkeit anzueignen, an bestehenden Machtverhältnissen Kritik zu üben. Es ist vielleicht dieser gesellschaftskritische Machtimpetus, der dazu führt, daß sich für dieses Thema heutzutage unter den jüngeren Studenten niemanden mehr interessiert. Die Machtkritik der 70er und 80er Jahre ist den jungen Menschen der 90er Jahre oftmals fremd. Der Einfluß der Medien und die Gestaltung von gesellschaftlicher Kommunikation durch die Medien sind dagegen ohne Zweifel Themen, für die man unter den Jüngeren Interesse wecken kann. Möglicherweise muß auch aus der Beobachterperspektive festgestellt werden: Die politische Semantik und der Streit um politische Semantik im Sinne der Debatten der 70er und 80er Jahre verliert im Medienzeitalter zunehmend an Wichtigkeit. Zentral wird nunmehr die Dominanz eher über die Themen als über die Inhalte, eher über die Schaffung diskursiver Ereignisse mit öffentlicher Massenwirksamkeit als über die Feinheiten der politischen Semantik, zu deren breitenwirksamer Durchsetzung in Zeiten der Eineinhalb-Minuten-Statements zunehmend die medialen Anlässe und Mittel fehlen. / ... /

Aus: **Dritte Diskussion: *Macht durch Sprache***  
mit **Dietrich Busse, Fritz Kuhn, Matthias Kettner und Helga Lukoschat**

**Busse:** Die Frage, was innerhalb des politischen Diskurses Wahrhaftigkeit oder Täuschung ist, ist bei Lichte betrachtet überhaupt nicht entscheidbar. Wir haben keinen archimedischen Punkt, an dem wir uns in die Außenposition des Beobachters begeben, und neutral durch Benutzung argumentativer Strategien entscheiden können, was ein gutes Argument, was Täuschung und was Wahrhaftigkeit ist. Diese Fragen werden stets *innerhalb* des politischen

107

Diskurses verhandelt und entschieden. Wir hätten die Debatte über die politische Semantik in den 70er und 80er Jahren gar nicht gebraucht, wenn die Frage, was ein wahrhafter und was ein täuschender Begriff ist, innerhalb des politischen Diskurses entscheidbar wäre. Sobald wir uns mit politischer Sprache und politischer Argumentation beschäftigen sind wir schon mitten im politischen Spiel drin. Wir können vielleicht als Analytiker versuchen die Regeln des politischen argumentativen oder sprachlichen Spiels zu beschreiben, aber wir können nicht den Punkt angeben, der zwischen Täuschung und Nichttäuschung zu entscheiden erlaubt. Politik besteht in medialer Wirklichkeit nicht nur aus Programmen, in denen man umfangreiche diskursive Begründungen liefern kann. Die alte Debatte über politische Semantik trifft wegen der veränderten medialen Situation auf die heutige politische Kommunikation gar nicht mehr ohne weiteres zu. Ich denke, daß in der heutigen medialen Situation die Dominanz nicht mehr nur über die Semantik politischer Begriffe ausgeübt wird. Es geht im politischen Diskurs eher darum, eine Dominanzposition über die Themen, als über die Inhalte zu erreichen. Es geht eher um die Schaffung von diskursiven Ereignissen und Anlässen mit öffentlicher Massenwirksamkeit, als um die Feinheiten der politischen Semantik. Wie schaffe ich es die thematische Debatte zu besetzen, indem ich bestimmte Begriffe, Bilder oder Ereignisse setze, auf die sich andere beziehen müssen? Man wird also immer weniger die Gelegenheit haben, wirklich politische Semantik über Argumentation durchsetzen zu können. Die Debatte kann nur über diskursive Ereignisse in eine bestimmte Richtung gelenkt werden, die ein verstärktes Interesse an den Themen in der breiteren Öffentlichkeit bewirken. Natürlich spielen Argumentationen eine gewisse Rolle - es gibt parlamentarische Debatten und Ausschüsse, in denen die Argumentation durchaus eine überzeugende Rolle spielt -, aber das zentrale Element in der massenwirksamen öffentlichen politischen Debatte ist die Argumentation nicht. Das zentrale Element in allen öffentlichen Bekundungen von Politikern ist natürlich die Strategie und selbstverständlich kann man auf eine Strategie in keiner Weise verzichten. / ... /

109

**Busse:** Wir haben über kommunikative Diskursstrategien geredet, aber wenn ich mich als Sprachwissenschaftler mit sprachlichen Strategien beschäftige, dann ist das für mich ein mikrostruktureller Begriff. Wann immer ich sprachlich handle, verfolge ich irgendeine Art von Strategie. (Sprachliches) Verhalten ohne Strategie in diesem Sinne ist schlichtweg nicht möglich. Es ist eine Frage der Übergänge, wann ich von Großstrategien oder sogar Täuschungsstrategien sprechen möchte. Innerhalb des politischen Diskurses als Gesamtheit der Debatte lassen sich Wahrhaftigkeit und Täuschung nicht unterscheiden. Natürlich hat jede einzelne Person oder Gruppe bestimmte Vorstellungen darüber, was Wahrhaftigkeit ist und was die adäquaten Begriffe sind, mit denen bestimmte Ausschnitte der gesellschaftlichen Wirklichkeit adäquat wiedergegeben werden sollen. Es gibt kein Entscheidungsfundament, von dem aus ich den adäquaten Begriff benennen könnte. Was sich in einer Gesellschaft als Wahrhaftigkeitskriterien durchsetzt, ergibt sich selbstläufig im politischen Diskurs. Insofern stehe ich Herrn Kettner und der Diskurstheorie in der Position nicht so fern, daß letztlich die soziale Kommunikationsgemeinschaft entscheidet, was in dieser Gemeinschaft als adäquate Wiedergabe der Wirklichkeit gilt. / ... /

**Busse:** Es gibt einen sprachwissenschaftlichen Begriff, mit dem man das Problem der "Geschlechterdemokratie" fassen kann, das ist der Begriff der Mehrfachadressierung. Wir haben es in politischer Kommunikation typischerweise mit sprachlichen Äußerungen zu tun, die an ganz verschiedene Teiladressaten und Gruppen gerichtet sind. Das Problem des Begriffs der "Geschlechterdemokratie" läßt sich in gewisser Weise mit dem Benzinpreisbeschuß von Bündnis 90/Die Grünen vergleichen. Beide Forderungen sind ursprünglich als symbolischer Akt nach innen an ein bestimmtes politisches Milieu gerichtet und nicht als politisch-kommunikativer Akt an ein breites Publikum. Es ist die Frage, ob es auf der Ebene politischer Begriffe überhaupt möglich ist, politische Leitvokabeln zu finden, die nach innen und nach außen die gleiche Wirkung haben. Das scheint mir so gut wie unmöglich zu sein.

112